

## **Antrag**

### **der Bundesregierung**

#### **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 2. Mai 2012 beschlossenen Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (Kosovo Force – KFOR) auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 unter Fortgeltung der Regelungen ihres Beschlusses vom 4. Mai 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5706), dem der Deutsche Bundestag am 9. Juni 2011 zugestimmt hat, einschließlich der Protokollerklärung des Bundesministers des Auswärtigen vor dem Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages vom 7. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3550 vom 8. Juni 2000, S. 4, Abschnitt III) zu.
2. Die deutsche Beteiligung an KFOR soll mit unveränderter Zielsetzung fortgesetzt werden. Für die Operation können bis zu 1 850 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt werden.
3. Die Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, ein entsprechender Beschluss des Nordatlantikrates sowie die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen.
4. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation KFOR werden für weitere zwölf Monate insgesamt rund 68,2 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2012 rund 41,6 Mio. Euro und auf das Haushaltsjahr 2013 rund 26,6 Mio. Euro. Sie werden vom Bundesministerium der Verteidigung aus Kapitel 14 03, Titelgruppe 08 – Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen Einsätzen – des Bundeshaushalts geleistet. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2012 werden aus den bestehenden Ansätzen im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts bestritten. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2013 wurde im Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts für den Bundeshaushalt 2013 Vorsorge getroffen.

## Begründung

Als Rechtsgrundlage für die internationale Truppenpräsenz von KFOR in Kosovo gilt bis zum Beschluss einer Folgeresolution durch den VN-Sicherheitsrat die Sicherheitsratsresolution 1244 (1999) fort. Überdies wünscht die Republik Kosovo die fortgesetzte Präsenz von KFOR auf der Grundlage dieser Resolution und hat dies stets zum Ausdruck gebracht.

Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden Kosovos hoch. Dies wurde Ende Juli 2011 augenscheinlich, als die Entsendung von kosovo-albanischen Spezialpolizisten und Zollbeamten an bisher nur von der EU-Rechtsstaatsmission EULEX Kosovo und kosovo-serbischen Polizisten kontrollierte Grenzübergänge im Norden Kosovos zu gewaltsamen Ausschreitungen führte. KFOR musste rasch eingreifen, um eine Eskalation der Situation zu verhindern. Eine Lageverschärfung trat im Herbst 2011 mit der Errichtung zahlreicher Blockaden durch kosovo-serbische Demonstranten und deren teilweisen Öffnung durch KFOR ein. Dabei wurden im November 2011 mehrere KFOR-Soldaten aus Ungarn, Portugal, Österreich und Deutschland und auch kosovo-serbische Demonstranten verletzt. Seither hat sich die Lage stabilisiert. Die Bewegungsfreiheit für KFOR ist grundsätzlich wieder hergestellt, für EULEX Kosovo allerdings nur eingeschränkt.

Zur Aufrechterhaltung des sicheren Umfeldes und zur Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit mussten die in Kosovo präsenten Kräfte bereits im August 2011 durch das deutsch-österreichische Bataillon der operativen Reserve verstärkt werden. Die Verstärkung der in Kosovo präsenten KFOR-Kräfte ist bis heute nötig. Inzwischen wurde das deutsch-österreichische Bataillon zum 1. April 2012 durch das italienische Reservebataillon abgelöst. Angesichts der bereits volatilen Situation in Nord-Kosovo besteht im Vorfeld und im Zuge der serbischen Wahlen am 6. und 20. Mai 2012 die Gefahr einer Eskalation mit Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Kosovo. Aufgrund dieser Lagebeurteilung wurde am 20. April 2012 das deutsch-österreichische Bataillon der operativen Reserve erneut aktiviert, um ab Anfang Mai 2012 zusätzlich in Kosovo zu verstärken.

Der von der EU mit dem Ziel einer konkreten Verbesserung der Lebensbedingungen im Norden Kosovos vermittelte bilaterale Dialog zwischen Serbien und Kosovo hat seit Frühjahr 2011 erste positive Ergebnisse erbracht. Zuletzt konnten grundsätzliche Einigungen zur Teilnahme Kosovos an regionalen Kooperationsforen und zur gemeinsamen Kontrolle von Grenzübergängen erzielt werden. Unter anderem diese Fortschritte machten den Weg frei für die Vergabe des EU-Beitrittskandidatenstatus an Serbien durch den Europäischen Rat am 1. März 2012. Dennoch sind weitere Ergebnisse im EU-Dialogprozess, Fortschritte bei der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Serbien und Kosovo und eine Verbesserung der angespannten Sicherheitssituation insbesondere im Norden Kosovos nötig.

Die internationale Truppenpräsenz KFOR bleibt im Sinne des Konzepts der „drei Sicherheitsreihen“ („first responder“ Kosovo-Polizei; „second responder“ EULEX-Bereitschaftspolizei; „third responder“ KFOR-Kräfte) zur Aufrechterhaltung eines sicheren und stabilen Umfelds so lange erforderlich, bis die Sicherheitsorgane Kosovos, unterstützt durch EULEX Kosovo, die Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen Kosovos gleichermaßen gewährleisten können.

Das Aufgabenspektrum von KFOR, einschließlich der ergänzenden Aufgaben bei der Unterstützung des Aufbaus selbsttragender Sicherheitsstrukturen, konnte im vergangenen Jahr bis zur notwendigen Verstärkung der in Kosovo präsenten Kräfte mit etwa 5 500 Soldatinnen und Soldaten abgedeckt werden, der deutsche Anteil betrug vor dem Einsatz des Bataillons der operativen

Reserve knapp 900 Soldatinnen und Soldaten und stieg zwischenzeitlich bis Ende März 2012 auf etwa 1 600 in Kosovo präsenzte Soldatinnen und Soldaten an. Derzeit besteht kein Spielraum für eine erneute Absenkung der Personalobergrenze für die deutsche Beteiligung an KFOR von 1 850 Soldatinnen und Soldaten. Mit dieser Obergrenze ist ein kurzzeitig erhöhter Umfang in Phasen des Kontingentwechsels abgedeckt, es können deutsche Streitkräfte im umfassenden Fähigkeitsspektrum gemäß der NATO-Fähigkeitsforderung im zugesagten Umfang für die Operation bereitgestellt werden, und es bleibt die Möglichkeit erhalten, auf unerwartete Lageänderungen angemessen reagieren zu können.

Weitere Reduzierungsschritte sind in Abhängigkeit von der Lageentwicklung möglich, derzeit aber noch nicht konkret absehbar.

Deutschland genießt auch im dritten Jahr in Folge in der Führungsverantwortung bei KFOR einen ausgezeichneten Ruf. Deutsche Soldatinnen und Soldaten haben an der Stabilisierung der gesamten Region einen wesentlichen Anteil. Eine fortgesetzte deutsche Beteiligung bei KFOR ist daher unerlässlich.

Durch die enge Zusammenarbeit zwischen KFOR und EULEX konnte die stabile Sicherheitslage erhalten bzw. wieder hergestellt werden. Das Missionskonzept von EULEX wird aktuell überarbeitet mit dem Ziel, mehr EULEX-Präsenz im Norden Kosovos zu erlauben. Bund und Länder stellen gemeinsam das deutsche Polizeikontingent für EULEX, darunter bis 15. August 2011 auch den Leiter der EULEX-Polizeikomponente sowie Richter und Staatsanwälte. Derzeit sind etwa 125 deutsche Experten, davon etwa 80 Polizistinnen und Polizisten, für EULEX tätig. Dem Ansatz der vernetzten Sicherheitspolitik folgend, förderte die Bundesregierung mit Mitteln des Stabilitätspaktes für Südosteuropa Projekte zur interethnischen Aussöhnung und zur Förderung der Multiethnizität in Kosovo.

Seit 1999 trägt auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Kosovo, die sich seither auf knapp 400 Mio. Euro beläuft, erheblich zum sozialen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes bei. Hauptziel ist die EU-Annäherung Kosovos. Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind der Aufbau von Infrastruktur (Energie und Wasser), die nachhaltige Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, die Reform der öffentlichen Verwaltung und die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten. Für das Jahr 2012 sind deutsche Entwicklungszusammenarbeitsvorhaben in Höhe von 27,7 Mio. Euro zur Verbesserung des Stromübertragungsnetzes, zur Abwasserentsorgung, zur Entwicklung des Finanzsektors, zur Fortführung der Förderung der Grund- und Berufsbildung und zur ländlichen Wirtschaftsentwicklung geplant. Die Europäische Union hat für die Zeit von 2008 bis 2012 aus dem Instrument für Heranführungshilfe (IPA) Mittel in Höhe von 496,8 Mio. Euro für Kosovo vorgesehen. Der Beitritt Kosovos zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank im Mai/Juni 2009, den die Bundesregierung aktiv unterstützte, war ein wichtiger Schritt zur Integration des Landes in die Völkergemeinschaft.

Neben dem Aufbau einer rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Polizei macht auch der Aufbau einheimischer Sicherheitskräfte weiter Fortschritte. Der Aufbau der „Kosovo Security Force“ (KSF) als multiethnisches, professionelles, maximal 2 500 Personen (plus 800 Reservisten) umfassendes Sicherheitsorgan verläuft erfolgreich. Der KFOR-Kommandeur hat im November 2011 eine Empfehlung für die Erklärung der vollen Einsatzbereitschaft in den Aufgabengebieten Krisenreaktion, Kampfmittelbeseitigung und Zivilschutz gegeben. Die politischen Gremien der NATO haben darüber noch nicht entschieden. KFOR/NATO unterstützt durch Mentorentätigkeit, darüber hinaus werden auch im deutschen KFOR-Kontingent Fähigkeiten in den Bereichen „Ausbildung“ sowie „Beratung beim Aufbau von Sicherheitsstrukturen“ bereitgestellt. Deutschland hat der KSF zudem umfangreiche Militärische Ausbildungshilfe

(MAH) in Deutschland angeboten. Zurzeit befinden sich neun Angehörige der KSF zur vorbereitenden Sprachausbildung in Deutschland, um im Rahmen der Ausbildungshilfe der Bundeswehr in den Bereichen Personalführung, Ausbildungsplanung, Logistik und ABC-Abwehr geschult zu werden.

Die Kosovo-Polizei hat ihre Einsatzbereitschaft und ihre Fähigkeit, Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen, wiederholt unter Beweis gestellt. So gab es bei den Kommunalwahlen im November 2009 und den Parlamentswahlen im Dezember 2010/Januar 2011 keine Zwischenfälle, die ein Eingreifen von EULEX oder KFOR erfordert hätten. Gleiches gilt für die Feierlichkeiten anlässlich der Inthronisierung des serbisch-orthodoxen Patriarchen Irinej am 3. Oktober 2010 im kosovarischen Pec und die Feierlichkeiten anlässlich der Amtseinführung des neuen Bischofs der Diözese Raska-Prizren, Teodosije, am 26. Dezember 2010 in der St. Georgs-Kathedrale in Prizren. Die Übernahme der Sicherheitsverantwortung für bislang sechs der neun besonders schützenswerten serbischen Denkmäler und Klöster in Kosovo durch die Kosovo-Polizei verläuft zufriedenstellend. Als siebtes besonders schützenswertes Kulturgut steht das Kloster Devic kurz vor der Übergabe der Sicherheitsverantwortung.